

Kleine Anfrage 3454

der Abgeordneten Frank Bommert (CDU-Fraktion) und Julian Brüning (CDU-Fraktion)

an die Landesregierung

Unterhaltung des Schöpfwerkes „Klein Asien“

Das Schöpfwerk „Klein Asien“ (Gemarkung Kremmen Flur 1 Flurstück 16) wurde seit dem Bau vom Wasser- und Bodenverband „Schnelle Havel“ (WBV) bzw. dessen Rechtsvorgänger betrieben und unterhalten. Dieses Schöpfwerk entnimmt das Oberflächenwasser aus dem Vorflutgraben L 114 und leitet dieses in den Kremmener Rhin ein. Durch die Entnahme wird das Sommerfelder Luch (ca. 330 ha) entwässert.

Aus diesem Grund hat der WBV eine Wasserrechtliche Erlaubnis beantragt und diese auch unter dem Az. SW-1-Km-431 vom Landkreis Oberhavel erhalten. Diese Erlaubnis war bis zum 31.12.1999 befristet. Im Jahr 1999 erfolgte eine Verlängerung bis zum 31.12.2014 und danach eine bis zum 30.06.2016. Durch einen 4. Nachtrag wurde diese Erlaubnis letztmalig bis zum 30.06.2018 befristet.

Seit dem Jahr 2018 wurde das Grundstück, auf dem das Schöpfwerk steht, von den bisherigen Eigentümern aufgegeben und ist seitdem „herrenlos“. Mit Schreiben des WBV vom 25.06.2014 wurde der Landkreis Oberhavel, Untere Wasserbehörde, 16515 Oranienburg, über die Einstellung des Betriebes des Schöpfwerkes informiert. Dies wurde mit einem Gerichtsurteil bezüglich der Unzulässigkeit der Finanzierung aus Verbandsbeiträgen begründet. Die Stadt Kremmen schloss am 09.02.2015 mit dem WBV eine Vereinbarung, dass dieser die Betriebskosten anteilig übernimmt, um den Betrieb nicht einstellen zu müssen. Zu diesem Zeitpunkt wurden vom Land Brandenburg, aufgrund der Feststellung des öffentlichen Interesses, Betriebskosten in Höhe von 54 % übernommen.

Diese Vereinbarung wurde im Jahr 2019 mit der Änderung des Wassergesetzes aufgehoben, da das Land Brandenburg aufgrund der fehlenden rechtlichen Grundlage, keine Kosten mehr übernommen hat. Vor dem Hintergrund, dass die Umlage der entstehenden Kosten auf die vorteilhabenden Grundstückseigentümer sich zu kompliziert gestaltet und es einen nicht einzuschätzenden Mehraufwand in Bezug auf Rechtsstreitigkeiten bedeutet hätte, war der WBV nicht mehr bereit, die Betriebskosten für das Betreiben des Schöpfwerkes zu übernehmen. Daher wurde das Schöpfwerk letztendlich vom WBV abgestellt. Eine Kostentragung zu 100 % war und ist der Stadt Kremmen nicht möglich.

In den trockenen Jahren 2019-2022 war dies auch kein Problem. Jedoch sind in den Jahren 2023-2024 viele landwirtschaftliche Grundstücke, unter anderem auch Radwege, bebaute Grundstücke und deren Zufahrten sowie Teile des Bahndamms, überflutet worden.

Nachdem der Pegelstand von den normalem 1,90 m auf über 4,14 m anstieg, entschloss sich die Stadt Kremmen, zum Schutze der Vorteilsnehmer, eine neue Kostenübernahmevereinbarung mit dem WBV abzuschließen und das Schöpfwerk wieder in Betrieb zu nehmen. Es fallen monatliche Kosten i.H.v. 5 000 EUR für Strom und Betreuung des WBV an. Die Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten, deren Kosten auch auf die Stadt zukommen werden, sind nicht Bestandteil der geschlossenen Vereinbarung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Da das benannte Grundstück mit dem Schöpfwerk „herrenlos“ ist, übernimmt das Land Brandenburg sein Aneignungsrecht, da es sich um ein werthaltiges Grundstück handelt?
2. Würden durch die Wiederinbetriebnahme des Schöpfwerkes Kosten für die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis entstehen und wer hätte diese zu tragen?
3. Wäre es möglich, diese über die Gewässerunterhaltungsabgabe zu finanzieren und wenn ja, wer trägt die Kosten, wenn die Vorteilsnehmer dazu nicht bereit sind?
4. Die Beantragung des Förderprogramms "Naturnahe Gewässerentwicklung" würde für die WBV einen personellen Mehraufwand bedeuten. Dieser wirkt sich auch auf die Vorteilsnehmer aus. Besteht diesbezüglich die Möglichkeit bzw. ist angedacht, eine prozentuale Förderung wie bis 2018 durch das Land zu übernehmen?
5. Ist es der Stadt rechtlich möglich, die Aufgaben des WBV: Abschluss von Vereinbarungen zur Kostentragung durch die Vorteilsnehmer sowie Beantragung von Fördermitteln nach der Richtlinie „Naturnahe Gewässerentwicklung“ zu übernehmen?
6. Können die Kosten für den Mehraufwand der Stadt dem WBV in Rechnung gestellt werden?